

Deutsche Feuerwehr-Zeitung

Offizielles Organ des Deutschen Feuerwehrverbandes · Unter den Linden 42 · 10117 Berlin April 2005
Telefon (030) 2067 4804 · Telefax (030) 2067 4805 · E-Mail: dfv.berlin@dfv.org · Internet: www.dfv.org



Bund schreibt Digitalfunk-Rumpfnetz aus – DB-Telematik Partner bei Planung und Betrieb – Schily zur DFZ: »Feuerwehren werden profitieren«

Bund und Länder haben sich auf den zügigen Netzaufbau des Digitalfunks geeinigt. Grundlage ist der Vorschlag von Bundesinnenminister Otto Schily, ein so genanntes Rumpfnetz durch den Bund zu realisieren (Bild 1). Es soll 50 Prozent der Fläche Deutschlands abdecken (die Deutsche Feuerwehr-Zeitung [DFZ] berichtete). Bei Planung und Betrieb will Schily die Deutsche-Bahn-Tochter DB-Telematik beteiligen.

»Ein Kernelement besteht darin, dass wir eine eigene Infrastruktur nutzen, insbesondere bereits erschlossene und entsprechend gesicherte Standorte der BOS und der Deutschen Bahn AG«, sagte Schily auf DFZ-Anfrage. Dies sei am wirtschaftlichsten, und so sei sichergestellt, dass das Netz auch vor Angriffen entsprechend gesichert sei.

Die Systemtechnik werde »im Rahmen eines fairen und transparenten Ausschreibungsverfahrens beschafft. Sie muss den europäisch normierten ETSI-Standards ETS 300392 und ETS 300396 entsprechen oder funktional gleichwertig sein«, sagte Schily exklusiv der DFZ. Der Bund habe sich verpflichtet, »die im GAN-Standard niedergelegten Versorgungsgrade sicherzustellen«. Die Länder könnten das Rumpfnetz auf ihre Kosten erweitern und gegen Kostenbeteiligung auch mitnutzen. Der vollständige Text ist einsehbar unter www.dfv.org/presse.

Welche Kosten dabei auf die Feuerwehren zukommen, ist demnach Ländersache. Schily: »Die Einbeziehung der Kommunen und der kommunalen Feuerwehren in die bisher getätigte Erhebung und Abstimmung des taktischen Bedarfes ist Angelegenheit der Bundesländer. Die Bundesländer werden auch in eigener Zuständigkeit die Investitionen und die Lasten verteilen,

die mit dem Betrieb verbunden sind. Hierbei werden die Kommunen und die kommunalen Feuerwehren mittelbar und unmittelbar vom Rumpfnetz profitieren, das der Bund errichtet.«

Die Vergabe der Systemtechnik für den BOS-Digitalfunk beginne in Kürze mit einem öffentlichen Teilnahmewettbewerb. Gegenstand der Ausschreibung ist ein Rahmenvertrag über die Lieferung von Systemkomponenten. Die Errichtung des Netzes soll im kommenden Jahr starten.

Einigung mit der Innenministerkonferenz (IMK) erzielte Schily nach einer Tagung der Innenstaatssekretäre und -räte. Dem unter der Leitung Baden-Württembergs erarbeiteten Vorschlag stimmten die Innenminister und -senatoren bei Enthaltung von Hessen, Brandenburg und Thüringen zu. Die drei Länder machen ihre Zustimmung davon abhängig, »dass in der zukünftigen Dachvereinbarung, dem Verwaltungsabkommen zur geplanten Auftraggeberorganisation (BOS-Stelle) und dem Betreibervertrag noch verschiedene Forderungen an den Bund erfüllt werden«, heißt es im Beschluss der IMK.

Bund und Länder verfolgen nach der Einigung das gemeinsame Ziel, ein digitales Sprech- und Datenfunksystem einzuführen und als Gesamtnetz bis spätestens 31. Dezember 2010 in Betrieb zu nehmen. Die Länder seien – vorbehaltlich der noch ausstehenden und vom Bund angekündigten Konkretisierungen, Konzepte und vertraglichen Grundlagen bzw. vertraglichen Änderungen – grundsätzlich bereit, den Weg zu einem einheitlichen bundesweiten Digitalfunknetz über ein Rumpfnetz des Bundes mitzugehen. Der Bund übernehme als ausschreibende Stelle das rechtliche Risiko für die Umsetzbarkeit und den recht-

Bild 1
Bundesinnenminister
Otto Schily äußerte
sich gegenüber der
DFZ zu den aktuellen
Entwicklungen
im Digitalfunk.
[Foto: S. Jacobs]



lichen Bestand der Vertragskonstruktion, teilte die IMK mit.

»Wir haben eine gemeinsame Basis für die Einführung der neuen Funktechnik gefunden. Dies ist ein wichtiger Schritt für die Innere Sicherheit der Bundesrepublik, der wir alle verpflichtet sind«, sagte Baden-Württembergs Innenminister Heribert Rech, Vorsitzender der IMK.

Die Länder fordern eine abgestimmte, optimierte Gesamtnetzplanung. Dies betreffe auch die Ausschreibung der notwendigen Aufträge für die Errichtung des Netzes. Wichtig sei zudem, dass die Länder ihre Aufträge aufgrund des Rahmenvertrags über die Lieferleistung ohne erneute Ausschreibung vergeben könnten. »Der Bund wird gemeinsam mit jedem Land auf der Grundlage der bereits erhobenen fachlichen Anforderungen und unter Berücksichtigung der beizustellenden Standorte ein detailliertes Anforderungsprofil hinsichtlich der Funkversorgung erstellen«, erläuterte Bundesinnenminister Schily der DFZ.

»Aus Gründen der Sicherheit gewährleistet der Bund, dass der Netzbetreiber mehrheitlich in seinem Eigentum bleibt und die Sicherheitsbelange sowie die Verfügbarkeit des Netzes garantiert werden«, sagte der IMK-Vorsitzende Rech. Den Beschluss der IMK werde er an die Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bitte um zustimmende Kenntnisnahme weiterleiten. Die Regierungschefs der Länder tagen am 14. April 2005. (-sö-)

DFV besorgt über Kürzungen bei ABC-Fahrzeugen

Mit großer Sorge haben die Spitzen des DFV und seiner Mitgliedsverbände auf die jüngste Entwicklung im erweiterten Katastrophenschutz reagiert: Entgegen den bisherigen Planungen wird der Bund im laufenden Jahr augenscheinlich keine weiteren ABC-Erkundungskraftwagen beschaffen.

Erst Ende vergangenen Jahres hatte der DFV erfolgreich Kürzungen in diesem Bereich abwenden können. »Die Kürzungen sind umso unverständlicher, weil die Länder in den vorgelegten Risikoanalysen offenbar auf breiter Front Unterstützung in der ABC-Abwehr für notwendig erachten. Das bezieht sich auch auf die Bereiche Dekon-G und Messleitkomponenten«, sagte DFV-Vizepräsident Bernd Pawelke anlässlich der Tagung des DFV-Präsidialrates in Berlin.

DFV-Präsident Hans-Peter Kröger trug die Sorgen der Feuerwehren in einer

Anhörung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Katastrophenschutz vor (Bild 1). »Aus den neuen Bedrohungsszenarien und der Häufung von Naturkatastrophen ergibt sich, dass die Ausstattung des Katastrophenschutzes punktuell dringend ergänzt werden muss und dass der standardisierte flächendeckende Grundschutz (Stufe II) dauerhaft aufrechterhalten werden muss«, sagte Kröger und betonte: »Die Beschaffungen der ABC-Erkunder sind aus unserer Sicht zwingend notwendig.«

DFV-Vizepräsident Albrecht Broemme wies nachdrücklich auf die offenen Felder im ABC-Bereich hin, zum Beispiel bei der Dekontamination der Bevölkerung: »Dazu gibt es in Deutschland bislang kein Konzept.« Es sei auch widersinnig, dass die Bundeswehr ABC-Abwehrebataillone abbaue, während die Feuerwehr in dem Bereich aufbaue.



Bild 1
Trugen die Bedenken des DFV bezüglich der zurückgestellten Beschaffungen von ABC-Komponenten vor (v. l.): Branddirektor Dr. Karsten Homrighausen, Branddirektion Stuttgart, DFV-Vizepräsident Albrecht Broemme und DFV-Präsident Hans-Peter Kröger [Foto: S. Jacobs]

Dr. Karsten Homrighausen, Branddirektion Stuttgart, sprach sich für die ergänzende Ausstattung des Katastrophenschutzes und für eine effektive Ehrenamtsförderung aus. Das Engagement der Bürger »sollten wir nicht aufs Spiel setzen«, appellierte Homrighausen an die Abgeordneten. »Parallel stehende Heere, die alle 20 Jahre zum Einsatz kommen, haben keinen Erfolg.«

In seinem Statement warnte DFV-Präsident Kröger davor, die Kommunen allein zu lassen: »Weder können sie diese Last alleine tragen, noch ist Bund und Ländern rechtlich und organisatorisch der uneingeschränkte Zugriff auf die Ressourcen der Kommunen möglich.« Derzeit werde die bestehende Substanz »aufgebraucht« und von den Ländern nur teilweise geschlossen. Kröger: »Ein Rückzug des Bundes aus der Versorgungsstufe II würde zu massiven Problemen bei großflächigen Schadenlagen, überregionalen Einsätzen oder Anforderungen im Rahmen des EU-Gemeinschaftsverfahrens führen.«

Der DFV-Präsident sprach sich auch für eine zeitgemäße, verlässliche Warnung, für eine gezielte Förderung und Entlastung des Ehrenamtes sowie für klare Strukturen bei Auslandseinsätzen und ein besseres Monitoring in der EU-Politik aus. Zur Einführung des Digitalfunks sagte Kröger: »Der DFV steht allen Vorschlägen aufgeschlossen gegenüber, die eine zügige Realisierung im notwendigen Standard ermöglichen.«

(-sö-)

DFV organisiert hochkarätig besetzten Thementag zum Zivil- und Katastrophenschutz

Top-Entscheider aus Deutschland haben zugesagt, aber auch namhafte Experten aus dem Ausland – deshalb ist dieser Kongress ein Muss für alle Verantwortlichen im Zivil- und Katastrophenschutz: der Thementag des Deutschen Feuerwehrverbandes am Donnerstag, dem 9. Juni, während der INTERSCHUTZ 2005.

Der frühere CTIF-Präsident François Maurer (Frankreich), der Vizepräsident des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes, Anton Brandauer, Beda Sartory von Schutz und Rettung Zürich und DFV-Vizepräsident Bernd Pawelke informieren über den grenzüberschreitenden Zivil- und Katastrophenschutz. Der Abtei-

lungsleiter Sicherheit im Bundesinnenministerium, Joachim Steig, BBK-Präsident Christoph Unger und THW-Präsident Dr. Georg Thiel referieren über die neuen Strategien zum Schutz der Bevölkerung. Zum Themenblock Rettungsdienst und Katastrophenmedizin konnte der DFV Dr. Stefan Kappus, Feuerwehr Hamburg, Bundesfeuerwehrarzt Professor Dr. Peter Sefrin und Rainer Worst vom Fraunhofer Institut für Autonome Intelligente Systeme gewinnen.

DFV-Vizepräsident Ralf Ackermann, Horst Miska von der EU-Generaldirektion Umwelt und der renommierte Katastrophenforscher Dr. Wolf Dombrowsky von



der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel werden Konzepte zur zivilen Katastrophenvorsorge vorstellen.

Der Thementag Zivil- und Katastrophenschutz findet von 9.30 bis 17.30 Uhr im Convention Center auf dem Messengelände statt. Er ist einer von insgesamt vier hochkarätigen Thementagen der Messe. Detailinformationen und das Anmeldeformular gibt es im Internet unter www.interschutz.de, Rubrik »Veranstaltungen«.

(-sö-)

DFV-Präsidialrat bespricht Beschaffungen und Auslandseinsätze

Die Beschaffungen im erweiterten Katastrophenschutz (siehe ausführlichen Bericht auf Seite B dieser DFZ) und die Nachbereitung des Seebebens in Südasien waren zwei der fachlichen Themen, über die der Präsidialrat des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) in Berlin beraten hat (Bild 1). In einem Gastvortrag stellte der neue Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Christoph Unger, seine Einrichtung vor. Darüber hinaus stand er für aktuelle Erörterungen zur Verfügung.

Bei der Nachbereitung der Tsunami-Katastrophe in Südasien lag das Hauptaugenmerk auf den Anforderungswegen zwischen Bund und Ländern. »Die Funktion der Brückenköpfe ist nicht ausreichend definiert, die Länder wiederum haben keinen sicheren Zugriff auf die Feuerwehren. Hier gibt es Klärungsbedarf«, sagte DFV-Vizepräsident Hartmut Ziebs.

Das Präsidium informierte über eine Sonderregelung für Wohnmobile in der neuesten EU-Führerscheinrichtlinie, die nach Auffassung des DFV auch für den Brand- und Katastrophenschutz übernommen werden sollte. Dann dürften neue Führerscheinbesitzer mit der Klasse B Fahrzeuge bis 4,25 Tonnen fahren. Voraussetzung ist ein zertifiziertes Fahrertraining. DFV-Vizepräsident Albrecht Broemme: »Dies ist eine Regelung mit Augenmaß und könnte vor allem im Rettungsdienst unsere Arbeit erleichtern.« Der DFV hat einen entsprechenden Antrag eingebracht. Bisher ist die Klasse B auf 3,5 Tonnen beschränkt, nur für ältere Führerscheinbesitzer gilt weiterhin der Bestandsschutz bis 7,5 Tonnen.

Der Präsidialrat hat sich darüber hinaus mit einer Reihe von verbandlichen Fragen befasst. Ein Schwerpunkt waren die Verbandsfinanzen. Diese sollen auch langfristig auf eine verlässliche Grundlage gestellt werden. Eine Klausurtagung der Spitzen der Mitgliedsverbände wird sich eingehend damit befassen.

Zum geplanten Umzug der DFV-Bundesgeschäftsstelle von Bonn nach Berlin fasste der Präsidialrat den Beschluss, die Immobilie Koblenzer Straße 133 in Bonn-Bad Godesberg zu verkaufen und Teileigentum in Berlin zu erwerben.

Für die DFV-Facharbeit wurde eine neue Struktur beschlossen, die am 1. Mai 2005 in Kraft tritt. Sie sieht vor, dass der Schwerpunkt der Facharbeit in Ad-hoc-Arbeitskreisen der künftigen Expertenpools erledigt wird. Dort erfolgt die Erarbeitung von fachlichen Verbandspositionen unter Koordination der Fachbereichsleiter. Beim fachlichen Meinungsaustausch darüber hinaus wird der DFV organisatorisch und administrativ tätig, trägt aber nicht mehr die Kosten. Zum Jahresende wird eine Zwischenbilanz der Umsetzung gezogen.

Der DFV dankt der EADS Telecom für die freundliche Unterstützung der Tagung. In einem Vortrag über Zukunftstechnologien und ihren Einsatz bei den Feuerwehren stellte Wolf-Dieter Stecker, EADS-Koordinator Vertrieb Innenbehörden, künftige Möglichkeiten der Kooperation, der Informationsvernetzung und der Informationsgewinnung dar. Bei Konzepten für den »Feuerwehrmann der Zukunft« sei das Unternehmen an der gezielten Zusammenarbeit sehr interessiert. (-sö-)

Kurz gemeldet ...

Feuerwehr in »Planet Wissen«

Eine ganze Stunde lang berichtet das ARD-Format »Planet Wissen« im April zum Thema »112 Brandheiß – die Feuerwehr in Deutschland«. Mitglieder des DFV-Präsidiums haben bei den Recherchen Unterstützung geleistet, und DFV-Vizepräsident Ralf Ackermann ist Studiogast. Ausstrahlungstermine: Donnerstag, 21. April, 14.00 Uhr im SWR, 15.00 Uhr im WDR, 16.15 Uhr in BR-alpha sowie Freitag, 22. April, 7.30 Uhr im WDR, 8.30 Uhr in BR-alpha, 14 Uhr im RBB. (-sö-)

Bekennnis zur Feuerwehr-Unfallkasse

»Die Feuerwehr-Unfallkassen sind als Spezialversicherer unverzichtbar und dürfen nicht einer Reform der Sozialgesetzgebung geopfert werden!«



Das hat DFV-Präsident Hans-Peter Kröger (l.) anlässlich eines Treffens mit der neuen Spitze der Feuerwehr-Unfallkasse (FUK) Niedersachsen betont. Thomas Wittschurky (r.) ist Geschäftsführer, Heike Hoppe seine Stellvertreterin in der mit rund 217.000 Versicherten größten Feuerwehr-Unfallkasse Deutschlands. (-sö-)

Infos zum T-Mobile-Rahmenvertrag

Günstiger telefonieren als Feuerwehrmann oder -frau – dieses Angebot von DFV und T-Mobile ist jetzt auf der DFV-Homepage unter einer neuen Adresse und mit erheblich ausgeweiteten Informationen abrufbar: Unter www.dfv.org/service gibt es die Tarife des Rahmenvertrages, weitere Kundeninformationen, einen Link zu den aktuellen Mobiltelefonangeboten, das Antragsformular zum Download sowie Informationen rund um den Dienst T-Mobile AlarmRuf. Selbstverständlich wird das Angebot regelmäßig aktualisiert. (-sö-)



Bild 1
Mit zahlreichen Themen befasste sich das DFV-Präsidium bei seiner jüngsten Sitzung. [Foto: S. Jacobs]

Fachempfehlung zum Hepatitis-Schutz

Der DFV-Präsidialrat hat bei seiner jüngsten Tagung eine Fachempfehlung zum Schutz von Einsatzkräften vor Hepatitis verabschiedet. Die Empfehlung sieht vor, dass Einsatzkräften der Freiwilligen Feuerwehren nach einer entsprechenden Gefährdungsanalyse aufgrund eines plausiblen oder nachgewiesenen erhöhten Infektionsrisikos die Möglichkeit der freiwilligen, kostenlosen Hepatitis-Schutzimpfung geboten wird. Das Papier hatte der Fachausschuss Gesundheitswesen/Rettungsdienst erarbeitet. Es ist im Internet unter www.dfv.org/fachthemen veröffentlicht.

Die Fachempfehlung lautet wie folgt: Freiwillige Feuerwehren haben erheblichen Anteil an der Sicherstellung des Brandschutzes, aber auch an der Technischen Hilfeleistung, was häufig auch ein Tätigwerden bei Verkehrsunfällen beinhaltet. Im Zuge dieser Tätigkeit sehen sich die Hilfeleistenden einem deutlichen Gesundheitsrisiko ausgesetzt, denn eine Kontamination mit Blut und/oder anderen potenziellen infektiösen Medien (vor allem Körperflüssigkeiten) ist oftmals unumgänglicher Bestandteil dieser Arbeit.

Zu den Aufgaben der Feuerwehren gehört auch die Hilfeleistung (Rettung) von Personen. Unter Umständen muss bei diesen erste Hilfe geleistet werden, noch bevor der Rettungsdienst eintrifft. Die Rettung von Personen kann außerdem den synchronen Einsatz von Rettungsdienst

(medizinische Versorgung) und Feuerwehr (technische Hilfe) erforderlich machen.

Infektionsgefahren im Feuerwehrdienst können neben der Verwendung entsprechender Einsatzkleidung und Einsatzhygiene, wobei diese keinen hundertprozentigen Schutz bieten, vor allem durch eine Prophylaxe mittels Immunisierung vermieden werden. Aus diesem Grunde ist die Befassung mit dem Thema »Schutzimpfung« für freiwillige Feuerwehrangehörige eine vordringliche Aufgabe. Es ist die Pflicht der Gemeinde, als Träger der Feuerwehr für die Tätigkeiten der Einsatzkräfte eine genaue Gefährdungsbeurteilung durchzuführen, damit gegebenenfalls rechtzeitig entsprechende präventive Schutzmaßnahmen eingeleitet werden können. Die Gefährdung kann in einem Kontakt zu Blut von Verletzten bei deren Rettung und Versorgung bestehen. In der Literatur (Rischi et al.) wurde nachgewiesen, dass für Rettungspersonal einschließlich Feuerwehr ein erhöhtes Risiko besteht, sich eine Infektion zuzuziehen. In diese Beurteilung ist der zuständige Feuerwehrarzt mit einzubeziehen.

Der Fachausschuss Gesundheitswesen/Rettungsdienst des Deutschen Feuerwehrverbandes sieht das Risiko einer Hepatitis-Infektion insbesondere bei im Rettungsdienst tätigen Mitarbeitern der Freiwilligen Feuerwehr als grundsätzlich gegeben an. Dies betrifft in besonderer Weise First-Responder-Einsätze. Eine Impfung ist fer-

ner dann zu empfehlen, wenn das individuelle Einsatzgeschehen eine entsprechende Infektionsgefährdung erwarten lässt.

In den Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetzen der Bundesländer werden die Gemeinden und Landkreise verpflichtet, den Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehren keine Nachteile durch die Ausübung ihres Feuerwehrdienstes entstehen zu lassen. Hieraus lässt sich indirekt im Rahmen der Fürsorgepflicht auch eine Prävention von Infektionskrankheiten ableiten. Grundsätzlich sind für die Verhütung von arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren die Unternehmer, hier die Gemeinden, zuständig.

Empfehlung

Einsatzkräften der Freiwilligen Feuerwehren muss nach einer entsprechenden Gefährdungsanalyse aufgrund eines plausiblen oder nachgewiesenen erhöhten Infektionsrisikos die Möglichkeit einer freiwilligen, kostenlosen Hepatitis-Schutzimpfung geboten werden.

Hinweis: Für Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres (Jugendfeuerwehr) werden die Kosten einer solchen Prophylaxe von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen. Es wird empfohlen, dieses Angebot in Zukunft stärker als bisher wahrzunehmen.

Der durch die HB-Immunisierung in der Regel erzielbare Impfschutz besteht – je nach erzieltm Antikörpertiter – für einen Zeitraum von zirka zehn Jahren.

(-sö-)

Bundesfeuerwehrarzt: »Impfungen in größerer Anzahl organisieren!«

Die DFZ befragte zum Thema »Impf- und Gesundheitsschutz« Bundesfeuerwehrarzt Prof. Dr. Peter Sefrin (Bild 1).

DFZ: Welche Umstände sprechen in der individuellen Abwägung aus Ihrer Sicht dafür, Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehr zu impfen?

Prof. Dr. Peter Sefrin: Wie in der Empfehlung ausgeführt, ist die Voraussetzung für eine Impfung die Gefährdungsanalyse. Hierbei geht es darum, ob vorhersehbar unter Ausnutzung der möglichen Schutzmaßnahmen ein möglicher Kontakt zu Blut von Verletzten zu erwarten ist. Dies trifft besonders dann zu, wenn Freiwillige Feuerwehren zur Rettung von Verletzten eingesetzt werden und dabei für sie eine Verletzungsgefahr besteht.

DFZ: Wie und wo kann der Träger einer Feuerwehr eine Durchimpfung der in Frage kommenden Einsatzkräfte am effektivsten realisieren?

Prof. Dr. Peter Sefrin: Die Impfung gegen Hepatitis kann von jedem Arzt, eventuell auch durch Feuerwehrärzte, durchgeführt werden. Es empfiehlt sich aber im Hinblick auf die Kostenersparnis, keine Einzelimpfungen durchzuführen, sondern sowohl den Impfstoff als auch die Impfung selbst für eine größere Anzahl von Feuerwehrangehörigen zu organisieren.

DFZ: Sie weisen auf die kostenlose Impfung von Jugendlichen hin. Wie können Eltern von Jugendfeuerwehrleuten motiviert werden, ihre Kinder gegen Hepatitis schützen zu lassen?

Bild 1
Bundesfeuerwehrarzt
Prof. Dr. Peter Sefrin
[Foto: S. Jacobs]



Prof. Dr. Peter Sefrin: Gerade bei Jugendlichen besteht die potenzielle Gefahr, bei entsprechenden Aktivitäten mit Blut von anderen in Berührung zu kommen, eventuell auch durch beginnende Sexualkontakte und bei Reisen ins Ausland. Deshalb sollte unbedingt bei der Unbedenklichkeit der Impfung von der Möglichkeit der kostenlosen Impfung Gebrauch gemacht werden.

(-sö-)